Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1864

2.2.1864 (No. 27)

Visual Library

Karlsruher Zeitung.

Dienstag, 2. Februar.

Nr. 27.

Vorausbezahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 4 fl. 15 kr. und 2 fl. 8 kr.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1864.

Amtlicher Theil.

Karlsruhe, den 1. Februar.

Laut Allerhöchster Ordre vom 30. v. M. treten im Großherzoglichen Armeekorps folgende Beförderungen und Versetzungen ein:

I. Infanterie.

Major Karl von Renz im (1.) Leib-Grenadierregiment wird zum Oberstleutnant befördert.

Major Sachs im 2. Füsilierbataillon rückt in den etatmäßigen Stand seiner Charge ein und wird in das (1.) Leib-Grenadierregiment versetzt.

Hauptmann Clorer im 5. Infanterieregiment wird in den Stab des 2. Füsilierbataillons versetzt.

Die Oberleutnante Schäffer im 2. Füsilierbataillon und von Schilling im 1. Füsilierbataillon werden zu Hauptmännern, Beide unter Versetzung zum 5. Infanterieregiment, und

die Leutnante Buchenthaler im 1. Füsilierbataillon und Flad im 4. Infanterieregiment Prinz Wilhelm zu Oberleutnanten, Letzterer mit Versetzung zum 2. Infanterieregiment König von Preußen, ernannt.

Leutnant Oberhoffer im 1. Füsilierbataillon wird in den Generalstab versetzt.

Die Portepeefähnriche:
Keller im (1.) Leib-Grenadierregiment, unter Versetzung zum 3. Infanterieregiment,
Fritsch im (1.) Leib-Grenadierregiment,
v. Canerin im (1.) Leib-Grenadierregiment, unter Versetzung zum 3. Infanterieregiment,
Ris im Jägerbataillon,
Winsloe im 2. Infanterieregiment König von Preußen,
Bühler im 5. Infanterieregiment und
Katz im 3. Infanterieregiment
werden zu Leutnanten ernannt.

II. Reiterei.

Major von Laroche vom (1.) Leib-Dragonerregiment, Adjutant Seiner Großherzoglichen Hoheit des Prinzen Wilhelm, wird zum Oberstleutnant befördert.

III. Artillerie.

Die Portepeefähnriche Müller und Payne im Feld-Artillerieregiment werden zu Leutnanten ernannt.

Nicht-Amtlicher Theil.

Telegramme.

Kiel, 31. Jan. (Sch. M.) Eine holsteinische Lehrerdeputation übergab gestern, da der Herzog abwesend, eine Adresse mit 180 Unterschriften an Franke; die Deputation beschloß, einen Aufruf an alle deutschen Lehrer im Interesse Schleswig-Holsteins zu richten.

Kiel, 31. Jan. (W. T.-B.) Der Herzog Friedrich ist heute hieher zurückgekehrt.

△ **Kiel**, Montag 1. Febr., Mittags. Die preußischen Truppen wurden heute Morgen 5 Uhr alarmirt und haben um 7 Uhr die schleswig'sche Grenze überschritten. Das Hauptquartier befindet sich zu Gettorf (1 Meile jenseits des Eiderkanals auf dem Wege nach Eckernförde).

Rendsburg, 31. Jan. (W. T.-B.) Wir haben heute scharfen Frost. Oesterreichische Vorposten rekognosziren heute das Kronwerk. Laut Armeebefehl führen die austro-preußischen Truppen den Namen „Armee für Schleswig-Holstein." Wrangel war heute hier und reiste wieder ab.

Rendsburg, 31. Jan. (Sch. M.) Heute Nachmittag ist das dritte sächsische Bataillon und die erste sächsische Sechspfünderbatterie hier eingerückt. Wrangel war auf eine Stunde hier. Das Generalquartier ist von Bordesholm nach Emkendorf vorgeschoben. Der Kronprinz von Preußen ist heute in Nortorf eingetroffen. Laut Armeebefehl führen die vereinigten österreichisch-preußischen Truppen den Namen „Armee für Schleswig-Holstein."

† **Rendsburg**, Montag 1. Febr., Morgens. So eben trifft die Spitze der Oesterreicher vor dem Kronwerk ein, welches noch besetzt ist, aber wahrscheinlich geräumt wird. Ein österreichisches Korps überschreitet heute die Eider zufolge dem Befehl v. Wrangel's an Frhrn. v. Gablenz: „Draufgehen!"

△ **Rendsburg**, Montag 1. Febr. Heute Morgen halb 8 Uhr hat der Uebergang der österreichischen Regimenter Hessen und Belgien über die Eisenbahn-Brücke gegen das Kronwerk stattgefunden. Die Dänen flüchteten nach einigen gewechselten Schüssen. Keine Verwundeten. Das Vorrücken durch das geräumte Kronwerk ist allgemein Wrangel und die Prinzen sind durchpassirt. Heute wird ein Gefecht erwartet. Schönstes Wetter.

†† **Hamburg**, 1. Febr. Fünf Kältegrade. Die dänischen Telegraphendrähte sind abgeschnitten, wahrscheinlich in Rendsburg.

†* **Hannover**, 1. Febr. Die Ständeversammlung ist auf den 18. d. M. einberufen worden.

○ **Darmstadt**, 1. Febr. Die Schleswig-Holstein-Vereine des Großherzogthums sind auf nächsten Sonntag den 7. d. M. nach Darmstadt zu einer Landesversammlung unter freiem Himmel einberufen worden. Es wird beabsichtigt, Anträge zu stellen auf sofortige Anerkennung Friedrich's VIII. und militärisch-politische Einigung der bundestreuen Regierungen gegen fernere Vergewaltigung.

Kopenhagen, 31. Jan. (W. T.-B.) Der Prinz Friedrich von Hessen mit Gemahlin sind nach der Schweiz abgereist.

London, 31. Jan. (Köln. Ztg.) Dem heutigen ministeriellen „Observer" zufolge sind alle Gerüchte von Kabinetsspaltungen aus der Luft gegriffen und sämmtliche Minister in dem Streben nach Erhaltung des Friedens einig. Die Mächte, welche den Vertrag von 1852 unterzeichneten, befürworten allesammt dessen Aufrechterhaltung.

Bukarest, 30. Jan. Es herrscht Uneinigkeit im Ministerium. Der Ministerpräsident hat seine Entlassung angeboten.

Deutschland.

München, 29. Jan. (Nürnb. Korr.) Bayerns Bevollmächtigter bei der Generalzollkonferenz in Berlin, Ministerialrath v. Meixner, wird nächsten Montag wieder abreisen, da am 4. Febr. die Verhandlungen der Konferenz wieder aufgenommen werden. Hr. v. Meixner hat neue und umfassende Instruktionen empfangen, und man glaubt hier, einem befriedigenden Resultat der Konferenz in nächster Zeit entgegensehen zu dürfen.

Leipzig, 30. Jan. (W. T.-B.) Ein Dresdener Telegramm der „D. Allgem. Ztg." berichtet: Der König sagte zur holsteinischen Deputation: Da er seine Pflicht als Bundesfürst erfüllt habe, so werde er diese Linie nicht verlassen, und die Rechte der Herzogthümer schützen, so weit es in seinen Kräften stehe; er sprach die Hoffnung aus, daß Deutschland einig und Alles zu gutem Ende kommen werde, und dankte für die Aufnahme, welche die sächsischen Truppen in Holstein gefunden. Hr. v. Beust sagte: Nicht Kabinetspolitik habe ihn getrieben, sondern ehrlich und unerschrocken habe er die Sache der Herzogthümer vertheidigt; wenn er darin jetzt auch zurückgeworfen erscheine, so werde er Alles thun, das ohne eigenes Verschulden verlorene Terrain wieder zu gewinnen. Sei die Macht auch klein, so sei der Muth desto größer.

Hannover, 30. Jan. Die heute vorgenommene Wahl eines Abgeordneten der Residenz fiel mit 25 Stimmen auf den Kandidaten der Liberalen, den Redakteur v. d. Horst. Auf den Gegenkandidaten, den Exminister v. Münchhausen, fielen 7 Stimmen.

Hamburg, 30. Jan. Die Eiszusammenschiebung erschwert den Elbübergang außerordentlich; seewärts heraufgekommene Dampfboote mußten wieder zurückgehen. — Nach „Berling. Tid." vom 28. ist die befahrene dänische Seemannschaft für 1864 einberufen. Der Chef des norwegischen Kriegsdepartements ist telegraphisch nach Stockholm berufen, wie es heißt, um Verabredungen wegen eventuellen Ausrückens der norwegischen Truppen zu treffen.

Kiel, 30. Jan. Die Prinzen Friedrich Karl und Albrecht sind in das Hauptquartier Bordesholm abgegangen.

Kiel, 30. Jan., Abends. Die Dänen errichten Schanzen bei Eckernförde. Dänische Schiffe befinden sich im Eckernförder Hafen.

Berlin, 30. Jan. Die „Nordd. Allg. Ztg." meldet: Die Aufforderung des Feldmarschalls v. Wrangel an den dänischen Kommandanten zur Räumung von Schleswig ist ergangen, die Antwort aber noch unbekannt. Der Kronprinz reist heute nach Hamburg ab.

Berlin, 30. Jan. Feldmarschall Wrangel hat nun doch seine Räumungsaufforderung an den dänischen Oberbefehlshaber erlassen, und mag die Frist auch etwas weiter hinaus erstreckt sein, als es Anfangs hieß, — der Einmarsch in Schleswig steht fest und ist nahe; die englischen Drohungen haben hier ihren Eindruck verfehlt. Heute wurde hier erzählt, Prinz Friedrich Karl habe nach seiner Ankunft in Kiel sofort einen energischen Tagesbefehl erlassen. Die „Nordd. Allgem. Ztg." schreibt heute:

Den Drohartikeln der „Morn. Post" ist eine englische Note ähnlicher Tendenz an die beiden deutschen Großmächte gefolgt, und die Ansichten, die in dem gegenwärtigen Kabinet Ihrer Großbrit. Maj. vorzuwalten scheinen, lassen von dieser Seite her auf die ernstesten Verwicklungen schließen. Denn daß die deutschen Großmächte sich durch die Haltung des englischen Kabinets bewogen fühlen könnten, auch nur um ein Haar breit von ihren gerechten Forderungen abzuweichen, welche sie dem dänischen Uebermuth zu stellen haben, das fällt wohl Niemanden zu glauben ein. . . . Hätte das großbrit. Kabinet sich, als es noch Zeit war, für die Erfüllung der Verpflichtungen des Londoner Protokolls in Kopenhagen energisch ausgesprochen, so hätte es Dänemark einen wirklichen Dienst erwiesen. Heute ist solche Intervention zu spät. Heute können wir die Garantie dieser Verpflichtungen nur von Dänemark selbst empfangen. Und wenn wir schon früher als solche Garantie die Personalunion bezeichneten, so ist es vielleicht auch hiefür zu spät, wenn die Ereignisse ins Rollen gekommen sein werden.

Durch einen Armeebefehl des F.M. Wrangel ist angeordnet worden, daß die österreichischen und preußischen, unter seinem Oberbefehl stehenden Truppen ein gemeinsames Zeichen tragen sollen: eine weiße Binde um den linken Oberarm. Man sieht hier schon viele Offiziere mit diesem Zeichen; es sind 40,000 solcher Binden hier bestellt, die in sehr kurzer Zeit geliefert werden mußten.

Nach der „Indep. Belge" soll zwischen Berlin und Wien eine Konvention zur Lösung der schleswig-holsteinischen Frage geschlossen, und in derselben bestimmt sein, daß Südschleswig mit Holstein vereinigt, das vergrößerte Herzogthum durch eine Personalunion mit Dänemark verbunden und Rendsburg zur Bundesfestung erhoben werde. Die „Weserzeitung", welche dahingestellt sein läßt, ob es mit dieser Konvention seine Richtigkeit habe, theilt in Folgendem das angebliche Programm des Hrn. v. Bismarck mit:

1) Herstellung einer vollen Realunion zwischen Schleswig und Holstein und einer Personalunion mit der Krone Dänemarks. Die Herzogthümer würden in diesem Fall eine vollständig getrennte Verfassung, Zivil- und Militärverwaltung, ein besonderes Heer und eine besondere Marine erhalten, Rendsburg zur Bundesfestung erhoben werden. 2) Vereinigung des deutschen Südschleswig (Linie der Schlei) mit Holstein als Bundesland, Inkorporation von Nordschleswig in Dänemark, Personalunion des so vergrößerten Holsteins mit dem letztern und im Uebrigen wie ad 1. Diese beiden Alternativen liegen noch innerhalb des Londoner Vertrags, denn es wird die Integrität Dänemarks dadurch nicht erschüttert. Das Herzogthum Lauenburg würde als ein auf internationalen Verträgen beruhender Besitz Dänemarks dadurch aber gar nicht berührt. Die beiden andern, außerhalb des Londoner Protokolls liegenden Alternativen sind 3) Vollständige Abtretung Holsteins und des deutschen Südschleswig an den Bund. Rendsburgs Erhebung zur Bundesfestung. Lauenburg bleibt bei Dänemark. 4) Vollständige Abtretung Holsteins und Lauenburgs an den Bund. Für das letztere Herzogthum bleibt Südschleswig bei Dänemark. Den Deutschen Schleswigs werden ihre nationalen Rechte durch besondere Gesetze unter Garantie der europäischen Mächte sichergestellt. Rendsburg wird Bundesfestung.

Die meisten Chancen unter denselben haben, meint die „Wes.-Ztg.", offenbar die unter 1 und 4 aufgeführten; Hr. v. Bismarck soll sich dagegen vom preußischen Standpunkte aus zu der ersten und zweiten Alternative hinneigen und entschieden gegen die Vermehrung der Zahl der Bundesfürsten sein, welche bei der Alternative 3 nicht zu vermeiden sein würde. Er hält, sagt man, dafür, daß in der Zukunft der Anfall der Herzogthümer Schleswig, Holstein und Lauenburg an ein einheitliches Deutschland, event. Norddeutschland die natürliche Folge der jetzt zu gründenden Personalunion sein, ein neues unabhängiges deutsches Herzogthum dagegen die spröden Elemente des deutschen Staatenbundes zum Nachtheile der Einigung vermehren würde.

◇ **Berlin**, 31. Jan. Wie verlautet, ist vor einigen Tagen aus London eine Note hier angekommen, in welcher erklärt wird, England werde der Okkupation Schleswigs Widerstand entgegensetzen. In dem vorgestern abgehaltenen Kabinetsconseil soll beschlossen worden sein: abweisend auf diese Kundgebung zu antworten und an dem bereits festgesetzten Termin in Schleswig einzurücken. — Gestern Abend reiste Se. Königl. Hoh. der Kronprinz in Begleitung seiner beiden Adjutanten, des Majors v. Schweinitz und des Hauptmanns v. Lucadon, auf der Hamburger Eisenbahn nach dem Hauptquartier des Feldmarschalls v. Wrangel ab.

Mit gestern Abend hat der hiesige Durchmarsch der nach Schleswig bestimmten österreichischen Truppen einstweilen sein Ende erreicht. Erst gegen den Ausgang dieser Woche erfolgt die Fortsetzung desselben. Wie verlautet, soll alsdann zur Verstärkung des österreichischen Expeditionskorps noch eine kaiserl. Brigade nach der Eider befördert werden. Die Truppenbewegung zur Verstärkung des preußischen Expeditionskorps hat am Freitag begonnen. Vorgestern Abend kam das 8. pommersche Infanterieregiment Nr. 61 aus der Provinz Pommern in Berlin an. Das Füsilierbataillon desselben wurde sogleich zum Ersatz für ausrückende Gardetruppen nach Brandenburg weiter befördert. Heute Nachmittag begann auf der Hamburger Eisenbahn die Beförderung der nach Schleswig bestimmten und kombinirten Garde-Infanteriedivision. Beim Abgang des ersten Zuges derselben war der König mit den hier noch verweilenden kön. Prinzen und zahlreichen Generalen auf dem Bahnhof anwesend.

Wien, 28. Jan. Abgeordnetenhaus, Verhandlungen über die Forderung von 10 Millionen für die Bundesexekution. Erster Tag. Vor dicht gefüllten Tribünen und in Anwesenheit sämmtlicher Minister entwickelt der Berichterstatter Dr. Giskra zuerst die Gründe, aus welchen der Ausschuß vorschlägt, statt der geforderten Summe nur 5,343,950 fl

als den auf Oesterreich fallenden Theil an der vom Bund beschlossenen Matrikularumlage von 17 Millionen zu bewilligen.

Dr. Giskra's Ausführungen sind im Wesentlichen nur eine Wiederholung des im Sektionsberichte in dieser Beziehung Gesagten. Uebergehend sodann zur Begründung der vom Ausschuß beantragten Resolution weist der Redner zuerst darauf hin, daß bei der für Dänemark vorliegenden Unmöglichkeit, den Forderungen der deutschen Großmächte binnen der gestellten Frist nachzukommen, ein Krieg unvermeidlich sein werde. Für den Ausschuß sei aber der Gedanke maßgebend gewesen, daß Oesterreich des Friedens bedürfe, sowohl für seine materielle Wiedergeburt, wie für die Kräftigung seiner Verfassung. Ohne absolute Unvermeidlichkeit dürfe kein Krieg begonnen werden, um so weniger, wenn derselbe, wie dies hier der Fall sei, aus einer unglücklichen Kombination hervorgehen würde, durch welche Oesterreich zum Helfer für eine Politik würde, die in diesem Hause gewiß kein Mitglied billige. Die preußische Regierung brauche einen Krieg, um das große Zerwürfniß zwischen den Rathgebern des Thrones und den Vertretern des Volkes zu lösen. Oesterreich sei ein willkommener Unterstützer einer solchen Politik, wenn auch nicht ein absichtlicher, und er müsse sagen, daß Oesterreich mit reichen Zinsen Das zurückzahle, was es Preußen in Olmütz angethan habe, wenn es mit 25,000 Mann eine Politik vertrete, die dem preußischen Premier willkommener sei, als es uns irgendwie nahe liege. (Bravo! Bravo!) Durch die vorgeschlagene Resolution werde das Vorgehen der Regierung so milde als möglich mißbilligt und, wenn auch scheinbar nur negativ, doch thatsächlich positiv ausgesprochen, daß der eingeschlagene Weg nicht richtig, daß in Wiederverständigung mit den deutschen Staaten die Frage wo möglich in Frieden zu lösen und das Land von den Drangsalen des Kriegs, welche die Regierung ohne Noth hervorgerufen, baldmöglichst wieder zu befreien sei. (Lebhafter Beifall.)

Hofrath v. Biegeleben, als Regierungsvertreter: „Der Bericht scheint mehrseits zu bedauern, daß die Regierung sich nicht unbedingt dem Mehrheitswillen in Frankfurt hingegeben; er scheint ihr andererseits vorzuwerfen, daß sie den Frieden nicht hinlänglich gesichert habe. Das sind offenbar zwei Bedenken, die sich gegenseitig aufheben. Auf die Resolution blickt die Regierung wie auf ein Räthsel. Sie weiß nicht, hätte sie sich unbedingt an die in Deutschland vorherrschenden Tendenzen hingeben, oder sich auf bloße Unthätigkeit, bloßes Abwarten beschränken sollen. Diese Resolution hat das Gesicht einer Sphynx, sie gibt ein unerforschliches Räthsel auf und macht Miene, Den umzubringen, der es nicht erräth. Ich will so gedrängt als möglich zeigen, daß keine von diesen beiden Eventualitäten von Oesterreich angenommen werden konnte, ohne einerseits die Rechtsgrundsätze zu verletzen und andererseits die Zukunft des Reichs schweren Bedrängnissen und wahrhaft unabsehbaren Verwicklungen entgegenzuführen.

Redner sucht nun darzuthun, daß die Regierung unmöglich ihre eigene Ansicht und freie Aktion als europäische Großmacht jener Ansicht unterordnen könnte, die ihren Ausdruck in den Ansichten der Bundesregierung gefunden habe. Diese Ansichten gingen auf ein Ziel, welches nimmermehr erreicht werden könne, ohne eine Störung des Friedens zwischen den Großmächten Europa's. Oesterreich hätte sich nur dann der Mehrheit in Frankfurt anschließen können, wenn es entschlossen wäre, es auch darauf ankommen zu lassen, Schleswig für Deutschland zu erobern, von welchem Entschluß er nicht wisse, ob eine pflichtgetreue Regierung in Oesterreich ihn fassen dürfe. Das Grundprinzip des Londoner Vertrages sei die Integrität der dänischen Monarchie. Staatsrechtlich stehe das Successionsrecht der Linie Augustenburg noch da als ein in Anspruch genommenes, aber anderseits eben so wenig anerkanntes. Die Regierung habe daher erklärt, daß sie einer Prüfung dieses Rechtes auch jetzt nicht entgegen sei. Oesterreich sei unbedingt verpflichtet, in Bezug auf Schleswig die neue Thronfolge anzuerkennen, während der Bund keineswegs die Befugniß für sich in Anspruch nehmen könne, auch in Bezug auf Schleswig die Thronfolge-Frage vor sein Forum zu ziehen. Mit Aufhebung des Londoner Protokolls würde sich Deutschland von neuem Erbansprüchen Rußlands auf Theile von Holstein gegenüber befinden, und die kais. Regierung habe um so weniger Grund, sich vom Londoner Protokoll loszusagen, als dadurch ein Zustand der größten Verwirrung entstehen würde. An die Stelle der Verfassungsfrage die Frage der Existenz der dänischen Monarchie setzen: dieß würde zu einem nordischen Krieg führen, der so lange dauern würde, wie alle frühern nordischen Kriege.

Aber nicht die Kriegsgefahr sei für die Regierung allein maßgebend, sondern sie habe sich auch fragen müssen, im Namen welchen Prinzips sie Krieg führen sollte. Die Legitimität sei in Oesterreich stets hochgehalten worden, aber es sei nicht zu verkennen, daß das stürmische Begehren, eine bestrittene Legitimität höher zu setzen als den Frieden der Welt, geeignet sei, Bedenken zu erregen, und daß man sich fragen müsse, ob nicht eine andere Tendenz zu Grunde liege, als die Achtung vor dem angebornen Rechte eines Fürsten. Es sei klar, daß andere Motive vorlägen, nämlich die deutsche Nationalitätstendenz. Er glaube, zwischen dem Rufe: „Deutschland bis zur Königsau" und dem andern Rufe: „Italien bis zur Adria" sei eine verhängnißvolle Aehnlichkeit, welche die Aufmerksamkeit des Hauses verdiene. Was Oesterreich und Preußen gethan hätten, beruhe auf einem klaren und bestimmten, nur von deren Gegnern, und unter diesen von Dänemark, bestrittenen Rechte. Deutschland auch wegen Schleswigs Recht zu verschaffen, dazu seien Oesterreich und Preußen ganz vorzugsweise berufen, und es sei zweifelhaft, ob der Bund für sich allein dazu berechtigt sei. Durch die Abmachungen mit Dänemark im Jahr 1852 habe der Bund sich eines jeden Rechtes wegen Schleswigs begeben, welches Recht in den Händen Oesterreichs und Preußens liege, indem diese erlangten, daß präzise Verpflichtungen eingegangen wurden. Oesterreich und Preußen könnten den Bund Theil nehmen lassen an diesen Befugnissen, und sie hätten ihn auch eingeladen, gemeinschaftlich mit ihnen vorzugehen. Weit entfernt, daß Deutschland ein Recht hätte gegen das Vorgehen der Mächte in Schleswig, seien es vielmehr nur diese, welche den Bund auffordern können, mit ihnen im Einklange zu handeln.

Der Ausschußbericht deute an, Oesterreich habe nicht mit Preußen gehen sollen. Er glaube, die Regierung würde den Geist des österreichischen Volkes schlecht interpretiren, wenn sie sich „prinzipienmäßig" gegen ein Zusammengehen mit Preußen aussprechen würde. Wer die Geschichte der letzten 15 Jahre kenne, wisse, daß Oesterreich Preußen gegenüber stets in der Defensive geblieben. Alle Streitigkeiten zwischen den beiden Mächten hätten den Charakter gehabt, daß sie Oesterreich nöthigten, um der Erhaltung seiner deutschen Stellung willen, so zu handeln, wie es gehandelt; Oesterreich werde seine deutsche Stellung behaupten, auch gegen Preußen. Sofern diese Stellung nicht angegriffen sei, werde es gern und willig jeder Zeit dem preußischen Staat die Bruderhand reichen, und er gestehe, es sei ein nicht zu unterschätzendes Resultat, daß in diesem Augenblick österreichische Bataillone friedlich und vereint mit Preußen ziehen. Das sei ein Ereigniß, das manche Antipathien schwinden machen werde, die vielleicht nicht wieder aufwachen würden, während in diesem Augenblick verlorne Sympathien wieder kommen würden, weil man uns achten, weil man begreifen werde, daß wir nach Recht und Gewissen handeln. Die Regierung könne hoffen, daß der Erfolg ihre Erwartungen krönen werde, und er hoffe, daß der Ruf der österreichischen Regierung, als einer ehrliebenden und deutschgesinnten, hell und blank aus dieser Probe hervorgehen werde. Um so begreiflicher sei also ihr Wunsch, diese Probe in vollem Einklang mit Preußen zu bestehen. (Beifall im Zentrum; Widerspruch links.)

Dr. Berger: Um Mißverständnissen vorzubeugen, erkläre er, er sei nicht gegen den Standpunkt des Ausschusses, er sei mit seinen Prämissen einverstanden, ziehe aber andere Folgerungen aus denselben, die er in seinen Anträgen niederlegen werde. Er wolle weder Gefühls- noch Konfliktspolitik treiben; seine Politik sei die des Rechts und der materiellen Interessen. Er schwärme nicht für den Herzog von Augustenburg, besonders seit er den gewissen Brief abgesandt; aber höher stehe ihm das Recht des Augustenburgers, wenn ein solches besteht, denn dieses ist das Recht der Herzogthümer und somit Deutschlands. Jede deutsche Frage sei aber auch eine österreichische und müsse von österreichisch-deutschem Standpunkt beleuchtet werden. In eine Kritik der Regierungspolitik eingehend, erklärt Redner, der Bund sei seit seinem Bestehen erst durch die holsteinische Frage zum Leben erwacht und habe sich zu einer Aktion aufgerafft, welche ganz Deutschland hinter sich hat. Die „Vormächte" protestiren aber gegen die Aktion des Bundes, nehmen sie selbst in die Hand, und kränken das deutsche Volk. Die Form des Bundes sei zerstört und werde sich nicht wieder herstellen lassen.

Auf die Allianz mit Preußen eingehend, sagt Redner, die Truppendurchzüge hätten gezeigt, daß das preußische Volk keine Antipathie gegen Oesterreich habe, und wenn es solche gehabt, seien sie zur Sympathie erwärmt worden. Aber Bismarck, der jetzt Preußen ist, sei ein Feind Oesterreichs, und mit ihm dürfe die österreichische Regierung, die in dem Staatsminister so glänzend repräsentirt ist, nicht gehen. Die Prinzipien der preußischen Regierung seien Feindschaft gegen Oesterreich, der Hauptgrund, daß deutsche Einheit unmöglich ist, und deßhalb bedaure er die Allianz. Einen Blick auf das Ausland werfend, zeigt Redner, wie Italien die deutsche Verumeinigung mit Freuden begrüßt habe. Was Frankreich betrifft, blühe der Bonapartistische Weizen auf allen Feldern. Napoleon finde der zerrissenen Verträge genug und den Weg zu Konferenzen. England sehe die Aktionspolitik Oesterreichs und Preußens als einen Fall an, der ihm die Möglichkeit biete, eine Konvention zu schließen, und wenn man den englischen Blättern trauen darf, stehe eine solche zwischen England, Frankreich und Rußland in Aussicht. Die Regierungspolitik könne also nicht als eine solche bezeichnet werden, die den Frieden sichert. In Folge dieser Politik werde Oesterreich wieder isolirt dastehen, denn von Preußen werde es bei Seite geschoben werden, sobald man es nicht mehr brauche.

Redner bekämpft die Giltigkeit des Londoner Protokolls vom juridischen Standpunkt, weil dieses den Grundgesetzen der Bundesakte (§. 11, Abs. 3 und Art. 2 der Wiener Schlußakte) entgegenstehe, und analysirt die Bestimmungen dieses Protokolls, aus welchen hervorgehe, daß man jede Successionsfrage schon im vorhinein todt stipulirt habe, ob zwar man behaupte, die Prüfung der Successionsfrage bleibe vorbehalten. Was habe den Bund abgehalten, in die Prüfung einzugehen; was drängte zur Aktion, bevor diese Frage erledigt war? Der Ausschuß mache der Regierung Unbestimmtheit der Ziele zum Vorwurf; er sage, die Regierung habe ein festes Ziel, nämlich die Durchführung der Protokollspolitik gegen die Bundespolitik. Aber abgesehen von dem Rechtsstandpunkt, habe Oesterreich, wenn man es sich blos als Großmacht denkt, an der Integrität Dänemarks gar kein Interesse. Er sei überzeugt, Preußen hätte allein nicht agirt und hätte, wenn Oesterreich in Verbindung mit den Mittelstaaten Bundespolitik getrieben, sich auch fügen müssen. Redner zitirt noch die Worte, mit welchen der Minister des Aeußern seiner Zeit die Rechbauer'sche Interpellation beantwortete, und wendet sich dann gegen die Ausschußanträge. Er sagt, Oesterreich sei gar nicht mehr in der Bundesexekution begriffen, könne auch keine Verantwortuug für die Akte der Exekutive tragen, und deßhalb stelle er den Antrag, daß der zweite Satz des Ausschußantrags, worin die Ablehnung der Verantwortlichkeit von dem Hause ausgesprochen wird, wegfalle und dafür Folgendes gesetzt werde: „und empfehle der Regierung, in eine, der Stellung Oesterreichs im Deutschen Bund entsprechende Politik einzulenken." Würde dieser Antrag angenommen, dann beantragt er im Art. 1 des Gesetzes, dem Kriegsminister einen außerordentlichen Kredit von unbestimmter Höhe zu bewilligen; sollte er aber nicht angenommen werden, dann sei Nichts zu bewilligen, als der Matrikularbeitrag, welcher mit $1^1/_2$ Mill. Gulden ausgemittelt ist.

Abg. Brinz nahm den Vorwurf Biegeleben's auf, es sei eine Nationalitätsbewegung in Deutschland für die Herzogthümer im Gang: eine nationale, das gebe er gern zu, eine nationale im Sinn von Radowitz, aus der alles Herrliche entsprieße, wenn sie das Recht für sich habe; und er räume Niemandem das Recht ein, die Bewegung in Deutschland für etwas Anderes als eine Rechtsbewegung zu erklären. Er wolle für den Moment eine Menge anderer Punkte unberührt lassen, auch das Londoner Protokoll, welches das deutsche Volk noch unter das griechische und das mexikanische Volk stelle; ihm sei die Hauptsache der Nachweis der Erbberechtigung des Mannsstammes in Holstein, zu der alles Andere Beigabe sei.

Er kritisirte nun mit aller Schärfe die angebliche Inkorporation Schleswigs, den Mangel der Gesammtbelehnung bei Holstein; energisch protestirte er gegen die Aufstellung Biegeleben's, daß irgend eine Konferenz von Großmächten in der Lage gewesen sei, eine Erbfolge-Ordnung abzuändern und die Integrität einer Monarchie zu dekretiren. Etwas Rechtswidrigeres gebe es gar nicht. Der König von Dänemark hatte das Recht, die Krone zu vererben, aber keineswegs das, Länder zu veräußern. Die Herzogthümer waren kein erobertes, niedergeworfenes Land; sie selbst haben nicht verzichtet, von der herzoglichen Familie nur Einer. Ebenso protestirte er gegen die Zusammenstellung des Londoner Protokolls mit der pragmatischen Sanktion; hier habe man von innen angefangen, die Rechte der Völker befriedigt, und dann erst die Einwilligung der Mächte eingeholt, dort die Volksrechte dem Spruch der Großen untergeordnet. Er, falls er die Ehre hätte, Kronjurist zu sein, würde sich anheischig machen, die ganze Verwicklung, einschließlich der angeblichen Rückfallsansprüche Rußlands auf die Gottorp'schen Lande, so zu lösen, daß kein Zweifel mehr obwalten könne.

Bei dem Suchen nach dem Standpunkt der Regierung stoße er sich an der Behauptung eines doppelten Standpunktes. Man habe entweder gar keinen oder nur einen und daneben noch einen scheinbaren Standpunkt, das scheine ihm die Lage der Regierung, und zwar sei der Rechtsstandpunkt der scheinbare. Ein Advokat, der nicht das volle Recht seines Klienten vertrete, sondern sich sogleich zu einer Abfindung verstehe, sei gewiß kein guter Advokat; so müsse er den Grafen Rechberg für keinen guten Vertreter des deutschen Rechts halten, vielmehr scheine derselbe die Rolle eines Zwischenhändlers gespielt zu haben. Er wisse recht wohl, daß Handeln schwerer sei als Reden; in diesem Fall war aber der Weg klar vorgezeichnet: vor Allem das Recht des Bundes zu wahren. Das habe das Ministerium nicht gethan, obgleich das Londoner Protokoll, auch wenn es in Kraft bestehe, Oesterreich nicht seiner Bundespflicht enthoben habe. Darum schließe er sich dem Tadel an. (Die Sitzung wird vertagt.)

Frankreich.

* **Paris**, 30. Jan. Der Gesetzgeb. Körper schloß in seiner gestrigen Sitzung die Adreßdebatten. Außer der polnischen kam noch die schleswig-holsteinische und römische Frage zur Sprache. Zunächst ergriff Hr. Havin das Wort; er verlangt die äußerste Energie Frankreichs zu Gunsten Polens, ohne jedoch zum Kriege zu rathen. Jules Favre vertheidigt das Amendement, welches das Abbrechen der diplomatischen Beziehung zu Rußland verlangt.

Für die schwebende, demüthige Ungewißheit — sagt J. Favre — müsse irgend eine Lösung gefunden werden. Den in der Thronrede vorgeschlagenen europäischen Kongreß nennt er eine hochherzige Unmöglichkeit. Einen Krieg will J. Favre auch nicht. „Nein — ruft er — Krieg sollen Sie nicht führen. In Ihrer vereinzelten Stellung, in die Sie durch Ihre Politik sich versetzt haben, nachdem es nachgewiesen ist, daß Sie in Europa allein stehen, könnte der Krieg eine abenteuerliche Thorheit sein. Ja, wenn Sie den Krieg an der Spitze mächtiger Völkerschaften übernehmen, wenn Sie zur Befreiung Venetiens und Roms (Lärm) die Alpen überschreiten wollen, dann ist der Krieg möglich für Sie. Aber mit der Politik, die Sie eingeschlagen, mit den Verbündeten, welche Sie nachgesucht haben, von denen Sie im Stich gelassen worden sind, aus denen Sie sich Feinde geschaffen haben, können Sie sich auf kein militärisches Unternehmen einlassen." Was soll also, wenn weder offener Friede, noch Krieg sein kann, geschehen? — Frankreich soll in feierlicher Weise das Recht anerkennen, und sich für jede Eventualität bereit halten. Das Abbrechen der diplomatischen Beziehungen mit Petersburg, wie ehedem mit Neapel, hält Favre für die geeignetste Demonstration zur feierlichen Bekräftigung des Rechts der Polen. Damit erkläre man, daß Rußland jedes rechtlichen Anspruchs auf Polen verlustig gegangen ist, denn es hat die Verträge verletzt, und die Verträge sind das Recht. Wenn wir dieses Recht anerkannt werden haben, werden wir uns von Dem, der es verletzt hat, zurückziehen. Dies ist, meine Herren, die Haltung, welche ich Frankreich anrathe. (Lebhafte Zustimmung und Beifall in der Umgebung des Redners.)

Staatsminister Rouher wendet sich gegen die Redner in der polnischen Frage, zunächst und am meisten gegen J. Favre. Er konstatirt zunächst die guten Beziehungen, die unmittelbar vor Ausbruch der polnischen Revolution zwischen Frankreich und Rußland bestanden, wie letzteres sich namentlich seit dem Krimmkrieg freundschaftlich gezeigt, sowohl beim Ausbruch des italienischen Krieges, als zur Zeit der Annexion Savoyens, als zuletzt bei der Anerkennung des Königreichs Italien. Während dieser ganzen Periode habe man jedoch Polens nicht vergessen; stets sei von französischer Seite in Petersburg in aufrichtigster, loyalster Weise für die Sache dieser unglücklichen Nation gewirkt worden, und man habe nur befürchten müssen, daß, wie sich dies auch bestätigt, eine allzu lange Verzögerung in der Durchführung der Reformen Alexander's II. unheilvolle Folgen haben könne. Man habe von französischer Seite Alles aufgeboten, um den entstehenden Sturm zu beschwören, und in diesem Sinn seien auch die so schwer und ungerecht angegriffenen Worte Billault's Anfangs 1863 aufzufassen. Ein Gleiches gelte von den diplomatischen Unterhandlungen. Allein nachdem trotz des redlichsten Willens von Frankreich alle Versuche, dieser Frage, als einer europäischen, eine europäische Lösung zu geben, gescheitert gewesen seien, habe man dieselbe unmöglich zu einer speziell französischen, wie so Manche unbesonnener Weise gerathen, verwandeln dürfen. Eine isolirte Aktion wäre unmöglich und im Mißverhältniß zu den von der Regierung zu wahrenden Interessen gewesen, so tiefe und aufrichtige Sympathien das Kaiserreich für Polen empfinde. Wenn aber eine isolirte Aktion nicht möglich sei, dürfe man darum nicht, wie die Amendements verlangten, entweder die Polen als kriegführenden Theil erklären oder den Gesandten von Petersburg abberufen. Die eine wie die andere dieser Maßregeln müsse nothwendig zu einer Kriegserklärung führen, wenn sie nicht auf der andern Seite das Eingeständniß der Schwäche und der Ohnmacht sein solle. (Sehr gut!)

Hr. Rouher geht nun zur Kompromißfrage über, und bricht dabei entschieden den Stab über die Verträge von 1815, die drei Zwecke gehabt: die Früchte des Sieges zu theilen, Frankreich in einer Weise einzuzwängen, die seine territoriale Ausdehnung unmöglich mache, und die 1789 proklamirten großen Prinzipien der Freiheit und Gleichheit in möglichst enge Banden zu schlagen.

Alles Dies sei durch den Einfluß der Zeit und den Druck der Ereignisse unmöglich geworden. „Unsere Grenzen haben sich erweitert, neuer Ruhm hat unsere Fahnen geschmückt, und heutzutage haben wir Nichts mehr von Europa zu verlangen, als dauerhaftere Grundlagen für den Weltfrieden."

Aus dieser uneigennützigen Gesinnung des Kaisers sei die Kongreßidee hervorgegangen, und sie werde wohl auch zum Heile Polens und aller das Völkerwohl betreffenden Fragen dennoch zu Stande kommen, trotz des englischen Widerstandes. Schon sei, seitdem die Thronrede gehalten worden, ein Umschwung in Europa eingetreten. Deutschland sei damals anscheinend noch so ruhig gewesen und sei jetzt in so drohender Aufregung, daß selbst die anfänglichen Gegner des Kongresses diesen als einziges Lösungsmittel der Herzogthümerfrage ansehen. Vorläufig könne Frankreich im ruhigen Bewußtsein seiner Größe das Weitere abwarten. „Allerdings wird die Regierung nicht gleichgiltigen Auges die gegenwärtig in Europa aufgeworfenen Fragen ansehen, sondern sie wird sie, tiefdurchdrungen von den großen, den Weltfrieden erheischenden Interessen, in wohlberechtigte Fürsorge für die Interessen, die Würde und die Ehre Frankreichs prüfen. Sie wird sich die edlen Worte des Kaisers zur Richtschnur nehmen: „Frankreich führt keinen auswärtigen Krieg, ohne vorhergegangene Vereinbarung, es wären denn seine Grenzen und seine Ehre gefährdet. (Großer Beifall.)

Das Amendement wird hierauf verworfen und der betreffende Paragraph der Adresse angenommen.

In der schleswig-holsteinischen Frage sprach nur Baron Geiger, der gleichsam als Redner der ganzen Versammlung anzusehen ist, wie französische Blätter sagen.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Baron Geiger entwirft zuerst ein sehr klares, bündig gefaßtes Bild des historischen Theiles dieser Streitfrage. „Bald — läßt Redner das deutsche Volk sprechen — macht man das Recht der Nationalität geltend und nimmt Oesterreich seine italienische Provinzen, bald beansprucht man im Namen Polens Galizien und Posen, und jetzt verlangt man, im Interesse des europäischen Gleichgewichts, die Herzogthümer Schleswig und Holstein, allem historischen und nationalen Rechte zuwider. Gestehen Sie aber ein, meine Herren, daß die Deutschen das Recht haben, Das zu wollen, was Allen bei uns heilig ist, und was jeder Franzose bis zum letzten Blutstropfen vertheidigen würde: die Achtung und die Unantastbarkeit der Nationalität. (Mehrere Stimmen: Sehr gut!)

Redner weist hierauf namentlich im Hinblick auf eventuelle Ansprüche Rußlands nach, daß die französischen Interessen erheischten, für Deutschland Partei zu nehmen, und schlägt vor, an die Abstimmung der Bevölkerung in den Herzogthümern selbst zu appelliren, die bis in den nördlichen Theil Schleswigs deutsch sei. Konnte man, meint er unmaßgeblich, diesen ewigen Streit und diese ewige Ursache zur Aufregung nicht beseitigen, indem man den nördlichen Theil Schleswigs definitiv abtritt, und das übrige Schleswig nebst Holstein dem Herzog von Augustenburg übergibt?

Nein, meine Herren, wir werden den von uns verkündigten großen Prinzipien keinen Abbruch thun, und die Depesche unseres Ministers des Auswärtigen vom 4. d. M., welche mit hoher Befriedigung von dem Bundestag und dem deutschen Volk aufgenommen worden ist, kann vielleicht eine definitive Lösung durch einen allerhöchsten Schiedsspruch herbeiführen.

Wir werden diese so aufgeklärte, vernünftige, freisinnige deutsche Nation nicht verletzen, die unsere treueste Alliirte von dem Tage an werden wird, wo sie die Ueberzeugung gewinnt, daß Frankreich und sein Kaiser stets das gute Recht, ohne Rückhalt, ohne Eroberungsgelüste, vertheidigen, und die beiden Nationen werden einig für den Weltfrieden, für den Ruhm und das Gedeihen der christlichen Zivilisation leben." (Zustimmung auf mehreren Bänken.)

Nachdem noch Hr. Gueroult ein zur römischen Frage von der Linken eingebrachtes Amendement, welches bedauert, daß die Regierung der Kammer keine Mittheilung über den Stand der Verhandlungen mit dem päpstlichen Stuhl gemacht hat, unter allgemeiner Unaufmerksamkeit des Hauses vertheidigt hatte, wird über dasselbe abgestimmt. Es wird mit 216 gegen 12 Stimmen verworfen. Mit der Majorität stimmten diesmal auch Thiers und Berryer. Sodann wird über die ganze Adresse abgestimmt. Sie erhält 234 gegen 12 Stimmen. Von der Opposition enthielten sich der Abstimmung u. A.: Berryer, Lanjuinais, Marie und Thiers.

Dänemark.

Kopenhagen, 29. Jan., Abends. Beim Abschiede von einer größern Truppenmasse, die sich heute hier einschiffte, wurden der König und der Kronprinz von der versammelten Menge und den Truppen mit ungeheurem Jubel empfangen. Der König redete die Truppen folgendermaßen an: Vor Eurer Abreise wünsche ich Euch Glück und Segen zu Eurem Vorhaben; ich bin überzeugt, Ihr werdet, wenn Krieg ausbricht, dieselbe Tapferkeit wie Eure älteren Kameraden zeigen. Segen über Euch!

Aus **Kopenhagen**, 30. Jan., wird telegraphirt: „Die dänische Regierung will dem Reichsrath einen Gesetzentwurf vorlegen, laut dessen eine Einkommensteuer von $3\frac{1}{2}$ Proz. als Kriegssteuer erhoben werden soll."

Großbritannien.

London, 29. Jan. Nachrichten aus Mexiko melden, daß Juarez bei San Luis Potosi und Morelia von Marquez und Mejia total geschlagen wurden und Juarez, nur von drei Personen begleitet und von dem Feinde verfolgt, entflohen war.

* **London**, 29. Jan. Unter der Ueberschrift „Eitle Gerüchte" liest man in der „Morn. Post":

Starke Gerüchte wehten gestern in London umher. Lord Russell hatte seine Entlassung eingereicht. Das Ministerium war abgetreten. Die Kannegießer waren mit den kleinsten Einzelheiten bei der Hand. All' diese Unruhe der politischen Atmosphäre scheint aus zwei sehr einfachen Thatsachen entsprungen. Lord Russell war von Osborne zurückgekehrt. Lord Derby hatte sich dahin begeben, um der Königin einen Besuch abzustatten. Der ganze Rest der Geschichte ist reiner Unsinn. Es ist keine Krisis da, das Kabinet handelt vollkommen harmonisch, und das Ministerium „befindet sich so wohl, als man erwarten kann" (eine Redensart, die am Schluß von Entbindungsanzeigen gebräuchlich ist.)

Es liegt natürlich nicht im Interesse der „Post", eine ministerielle Uneinigkeit in der deutsch-dänischen Frage für möglich zu halten.

In „Daily News", dem sogenannten Russell'schen Organ, findet man weder eine Bestätigung noch eine Widerlegung jener Gerüchte.

Die Oppositionsblätter „Herald" und „Standard" verwandeln natürlich das Gerücht in eine offenkundige, feststehende und unabänderliche Thatsache, theils aus toryistischem, theils aus dänischem Parteigeist. Der „Herald" sieht schon im Geiste, Dank Russell's Ausscheiden, die Kanalflotte im Kieler Hafen, und mehrere Redouten des Danewerk mit englischen Regimentern bemannt. Die „Times" hegt noch immer Friedenshoffnungen.

Die Regierungen von Oesterreich und Preußen — sagt sie —, die sich gegen ihre eigene wirkliche Meinung zum Angriff auf die dänische Monarchie gedrängt sehen, kündigen kaum der Welt ihre Absicht an, als sie finden, daß ihr Vorgehen von allen neutralen Mächten Europa's verdammt wird. Wir glauben sagen zu dürfen, daß zwischen Frankreich, Rußland und England keine Meinungsverschiedenheit herrscht. Was die erstgenannte Macht betrifft, so pflichtet der Kaiser allen Vorstellungen bei, die wir zu Gunsten des Friedens gemacht haben. Er hält den Vertrag von 1852 aufrecht, der die Erbfolge Christian's IX. in den Herzogthümern anerkennt, und denkt, daß Deutschlands berechtigte Wünsche alle ohne einen Bruch jener feierlichen Vereinbarung erfüllt werden könnten. Aber es ist die Meinung des Kaisers — und hierin müssen wir ihm Recht geben — daß irgend eine aktive Theilnahme an dem Streit ihn in eine schwierige Stellung versetzen könnte. . . . .

Es kann allerdings, wenn der Krieg anhält, ein Zeitpunkt kommen, wo Frankreich die Dinge weit genug gediehen findet, um zur Verfolgung seiner eigenen Zwecke das Schwert zu ziehen, aber gegenwärtig hütet es sich sorgfältig, nach einer Gelegenheit zur Bedrohung seiner Nachbarn zu greifen. Rußland ist von seinen eigenen Unruhen im Innern zu sehr in Anspruch genommen, um mehr thun zu können, als daß es sich den freundschaftlichen Vorstellungen Englands anschließt, aber auch diese, da sie von einer Macht kommen, die eben so konservativ ist, wie sie selber, sollten auf verständige Regierungen von eben so viel Einfluß sein, wie zornige Noten und Ultimatums. Die einzige Entschuldigung, welche die beiden Regierungen vorbringen können, ist, daß der verstorbene König von Dänemark Versprechungen gegeben und dann umgangen hat, und daß möglicher Weise der jetzt regierende König dasselbe thun werde. Aber für einen Usurpationsakt, der im Augenblick zu Blutvergießen führt und ganz Europa in Krieg zu verwickeln droht, ist dies doch der luftigste Vorwand, der sich denken läßt. Ein Aufschub von wenigen Wochen, bis der Reichsrath versammelt ist, würde doch sicherlich der deutschen Sache keinen Eintrug thun u. s. w.

London, 30. Jan. Man schreibt der „Köln. Ztg.": Lord Russell hat wieder eine neue Kombination ausgedacht, die zu einer Ausgleichung des schwebenden Streites führen soll. Lord Cowley hat in Paris folgenden Vorschlag gemacht: „Die Westmächte dringen bei Preußen und Oesterreich auf Gewährung der von Dänemark erbetenen Frist zur Einberufung des Reichsraths. Sie seien beide überzeugt, der Reichsrath werde in die Zurücknahme der Verfassung vom November willigen. Sollten jedoch dessen Beschlüsse gegen alle Erwartung nicht in diesem Sinne ausfallen, nun, dann versprechen England und Frankreich, sich fern zu halten und Dänemark seinem Schicksal zu überlassen." Frankreichs Antwort ist noch nicht bekannt, doch wird dieselbe allem Anschein nach verweigernd ausfallen. Frankreich will seine zurückhaltende Stellung unter keinem Vorwand aufgeben, indem es hofft, daß die englische Regierung sich schließlich genöthigt sehen werde, in den Kongreß zu willigen. Die Zuversicht, mit der Rouher das endliche Gelingen des von Napoleon III. gemachten Kongreßvorschlags prophezeit hat, ist ein Fingerzeig mehr dafür, daß man in Paris das Projekt vom 4. Nov. noch nicht aufgegeben habe.

Baden.

Mannheim, 31. Jan. Unsere kürzlich ausgesprochene Vermuthung, daß die Rheinbrücke alsbald wieder aufgestellt und der regelmäßige Verkehr hergestellt werden würde, hat sich nicht bestätigt. Die Ursache liegt darin, daß das Eis an einigen Stellen des Oberrheins noch nicht abgegangen ist. Im Neckar hat sich durch das Umschlagen der Witterung die Eisdecke neu befestigt; die Aussichten auf einen baldigen Aufgang der Schifffahrt liegen also noch nicht nahe. Nach Berichten, welche uns gestern von Bingen gekommene Reisende mittheilen, ist der Rhein auf 17 Fuß daselbst angestiegen, und fehlt nur noch etwa 1 Fuß, bis der Eisenbahnkörper überfluthet ist. Die Eismassen, welche sich im Gebirge aufgethürmt haben, hemmen den Abfluß des Wassers. In Mainz, wo das Wasser bereits an den Thoren der Stadt stand, ist dasselbe wieder im Zurückgehen. — Im Lauf dieser Woche beabsichtigen die gegenwärtig hier überwinternden Schiffer eine Versammlung, in welcher die Mittel und Wege besprochen werden sollen, welche zur endlichen Aufhebung des Steuermanns-Zwanges auf dem Rhein führen.

Freiburg, 31. Jan. Wie wir hören, haben gestern die Professoren der hiesigen Hochschule in einer Plenarsitzung die Absendung einer Anerkennungsadresse an die Kollegen in Kiel beschlossen und den Senat mit der Ausführung beauftragt. Der Ausschuß für Schleswig-Holstein hat auf Dienstag Abend eine Versammlung in das Kaufhaus ausgeschrieben. Ein zweites Flugblatt ist unter der Presse, nachdem das erste bereis eine dritte Auflage erlebt hat und in 34,000 Exemplaren im Lande verbreitet ist. Die Gründung eines Wehrvereins ist im Werk; Studenten, Turner u. s. f., die sich deßhalb zusammengethan haben, erwarten nur noch die ministerielle Genehmigung. In der Reihe von Vorträgen akademischer Lehrer für Schleswig-Holstein sprachen seit meinem letzten Brief Prof. Spiegelberg über die Sprachentwicklung beim Kinde und Hofrath Schmidt über eine Frage des öffentlichen Rechts von Europa. Am nächsten Freitag wird Prof. v. Treitschke lesen, wenn wir recht unterrichtet sind, über Washington.

Vermischte Nachrichten.

— **Berlin**, 30. Jan. (Berl. Bl.) Der Professor der Geschichte zu Heidelberg, Hofrath Dr. Ludwig Häusser, hat für seine deutsche Geschichte seit dem Tode Friedrichs des Großen, die in zweiter und dritter Ausgabe vermehrt und umgestaltet seit dem Jahr 1858 erschienen ist, den in dem allerhöchsten Patent vom 18. Juni 1844 für das beste Werk, das im Bereich der deutschen Geschichte je von fünf zu fünf Jahren in deutscher Sprache erscheint, bestimmten Preis von Eintausend Thalern Gold nebst einer goldenen Denkmünze auf den Vertrag von Verdun erhalten.

Dr. Rose, der berühmte Professor der Chemie, ist am 29. d. gestorben. Er hat 40 Jahre lang an der hiesigen Universität gewirkt. — Am gleichen Tage starb der Vizepräsident des k. Obertribunals, Mitglied des Herrenhauses, W. Geh. R. Dr. Bornemann.

— **Lyon**, 30. Jan. Die Saone ist bei Chalons sehr groß, an mehreren Orten ist sie über die Ufer getreten; man ist hier nicht ohne Unruhe.

— Zu San Jago in Chili sind am 8. Dez. beim Brand einer Kirche, in welcher eine große Menschenmenge versammelt war, 2000 Personen umgekommen.

Karlsruhe, 30. Jan. Es ist wohl vielen unserer Amtsbrüder, wie uns selbst, die Frage schon öfter nahe getreten, ob sich nicht auch die evang. Landesgeistlichkeit Badens dazu berufen halten soll, an die in Schleswig-Holstein eine beistimmende Zuschrift zu richten. Daß hierzu von keiner Seite bisher ein bestimmter Vorschlag gemacht wurde, liegt gewiß nicht in dem Mangel an Theilnahme für die Sache der deutschen Herzogthümer und ihrer Bewohner, sondern in der Ueberzeugung, es handle sich hier nicht um die Angelegenheit eines Standes allein, sondern des ganzen Volkes, und es sei Jeder selbstverständlich dazu verbunden, so weit sein Einfluß reicht, für das Recht und die Ehre des Vaterlandes aufzutreten.

Nun aber sind in neuester Zeit gerade die schleswig-holsteinischen Geistlichen mehrfach angegriffen worden und man hat ihr Verhalten in der nationalen Frage vom Standpunkt der Religion und des Gewissens anfechten wollen. Sie fordern uns jetzt selbst zu einem Zeugniß für sie auf. Darum erscheint es uns an der Zeit, im Sinne der nachfolgenden Zuschrift uns für sie auszusprechen. Wir haben, weil im Mittelpunkte des Landes wohnend, untenstehende Erklärung verfaßt, und laden unsere Amtsbrüder, die evang. Geistlichen Badens, ein, sofern sie derselben zustimmen, einem der Unterzeichner dies kund zu geben. Am besten würden wohl die Unterschriften, nach Diözesen gesammelt, hieher gesendet werden, so daß sie jedenfalls bis zum 10. Febr. in unsern Händen wären und abgeschickt werden könnten.

Die verschiedenen Zeitungen des Landes und die Lokalblätter sind gebeten, diese Aufforderung in ihre Spalten aufzunehmen.

An die theologische Fakultät und die Geistlichkeit Kiels.

Hochverehrte Herren, geliebte Brüder! Unsere württembergischen und hessischen Amtsbrüder haben sich schon vor Wochen beeilt, der Geistlichkeit Ihres Landes ihre innige Theilnahme und freudige Zustimmung zu deren Verhalten in der großen vaterländischen Frage auszudrücken, welche auch unsere Herzen und Gedanken mächtig bewegt. Bei der erfreulichen Einmüthigkeit, mit welcher unsere Regierung wie unser ganzes Volk eingetreten ist für das heilige Recht des Herzogs Friedrich VIII. auf sein ihm nach göttlichem und menschlichem Rechte zukommendes Erbland, sowie für das des schleswig-holsteinischen Volkes auf sein legitimes Fürstenhaus und seine Selbständigkeit, erachteten wir bisher es für überflüssig, sei es im Namen unserer Kirche, sei es als Glieder des geistlichen Standes, unseren schleswig-holsteinischen Amtsbrüdern noch insbesondere unsere ausdrückliche Zustimmung zu ihrem pflichtgetreuen, muthvollen Verhalten darzulegen.

Nun aber dieses ernste Angriffe erfahren hat und Sie selbst, geliebte Brüder, in Ihrer Erklärung und Aufforderung vom 25. Jan. d. J. den Wunsch äußern, die Gleichgesinnten und insbesondere die Vertreter der Theologie und die geistlichen Brüder in ganz Deutschland möchten sich vor Gottes Angesicht und dem deutschen Volke zu Ihrer guten Sache bekennen, so wollen wir Unterzeichnete uns dieser heiligen Pflicht keineswegs entziehen, sondern mit Freuden Sie und Ihre gleichgesinnten Landesbrüder unserer herzlichsten, hilfbereiten Theilnahme und aufrichtigsten Zustimmung zu Ihrem christlichtreuen, deutschvaterländischen Verhalten versichern.

Möge der allmächtige Gott, zu dem auch wir beten, daß er Ihr heiliges Recht gegen alle Feinde kräftig schützen wolle, demselben trotz aller Umdunkelung des jetzigen Augenblicks wider alle Gewalt und List den endlichen Sieg verleihen, Sie selbst aber stärken und trösten mit seinem heiligen Geiste in dieser schweren Zeit!

Dr. J. Holtzmann, Prälat.
Mühlhäußer, Oberkirchenrath.
Th. Roth, Kirchenrath.
K. Zimmermann, Stadtpfarrer.
K. W. Doll, Oberkirchenrathsassessor.
E. Frommel, Stadtpfarrer.
E. Zittel, Stadtpfarrer.

Karlsruhe, 1. Febr. Bei der heutigen Serienziehung der badischen 50-fl.-Loose sind folgende Serien gezogen worden:

Nr. 22. 76. 82. 114. 134. 197. 211. 229. 291. 308. 310. 346. 358. 376. 384. 388. 404. 420. 446. 458. 472. 479. 484. 486. 505. 516. 517. 521. 556. 598. 611. 630. 647. 648. 652. 655. 680. 692. 695. 703. 704. 713. 720. 727. 742. 770. 771. 775. 797. 806. 810. 852. 858. 860. 868. 934. 944. 955. 962. 965. 971. 986.

Nachschrift.

Privattelegramme der Karlsruher Zeitung.

Kiel, 1. Febr. Heute früh 8 Uhr haben die Preußen nördlich von Kiel, die Oesterreicher bei Rendsburg die Grenzen überschritten. Die Preußen wurden von schleswigschen Gutsbesitzern an der Grenze als Befreier begrüßt. Die deutschen, die Sommation überbringenden Parlamentäre, welche gestern zurückkamen, waren in der Stadt Schleswig von der Bevölkerung mit Hurrah begrüßt worden.

Kiel, 2 Uhr. Der Uebergang über die Eider ist erfolgt. Leichte Gefechte bei Rendsburg und am Kanal.

Karlsruher Witterungsbeobachtungen.

30. Jan.	Barometer.	Thermometer.	Wind.	Himmel.	Witterung.
Morgens 7 Uhr	28" 4,20'''	— 2,0	N.O.	rein	heiter, Frost
Mittags 2 „	„ 4,32'''	+ 1,4	„	„	„ frisch
Nachts 9 „	„ 4,02''	— 1,5	„	„	„ Frost
31. Jan.					
Morgens 7 Uhr	28" 3,63'''	— 4,0	N.O.	rein	heiter, kalt
Mittags 2 „	„ 3,40'''	+ 1,5	„	„	„ frisch
Nachts 9 „	„ 3,34''	— 1,5	„	„	„ kalt

Verantwortlicher Redakteur:
Dr. J. Herm. Kroenlein.

Großherzogliches Hoftheater.

Dienstag 2. Febr. 1. Quartal. 18. Abonnementsvorstellung. **Liebe im Eckhause;** Lustspiel in 2 Akten, nach Calderon v. Cosmar. Hierauf zum ersten Mal: **Der Mann, der keine Zeit hat;** Lustspiel von Holberg; nach Oehlenschläger's Uebersetzung bearbeit zu 1 Akt von Ed. Devrient.

Donnerstag 4. Febr. 1. Quartal. 19. Abonnementsvorstellung. Zum ersten Mal: **Der gute Papa Ehmals;** Lustspiel in 1 Akt, nach dem Französischen des Henry Murger. Hierauf: **Eine kranke Familie;** Schwank in 3 Akten, von G. v. Moser und B. Drost.

Freitag 5. Febr. Mit allgemein aufgehobenem Abonnement. Erste Gastdarstellung des königl. hannoverschen Hofopernsängers Hrn. Niemann. **Tannhäuser;** große Oper in 3 Akten, von Richard Wagner. „Tannhäuser": Hr. Niemann.

Sonntag 7. Febr. Mit allgemein aufgehobenem Abonnement. Zweite Gastdarstellung des Hrn. Niemann. **Die Hugenotten;** große Oper in 5 Akten, von Meyerbeer. „Raoul": Hr. Niemann.

Theater in Baden.

Mittwoch 3. Febr. **Alessandro Stradella;** romantische Oper in 3 Akten, von Flotow.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Z.d.789. Durlach. Auswärtigen Verwandten und Freunden geben wir die traurige Nachricht, daß es dem Allmächtigen gefallen hat, unsern innigst geliebten Gatten, Vater und Bruder,

Jakob Frantzmann, Seifensiedermeister,

nach kaum viertägigem Krankenlager am 31. Januar, Mittags 12 Uhr, unerwartet schnell nach zurückgelegtem 45. Lebensjahre in ein besseres Jenseits abzurufen.

Um stille Theilnahme bitten

Die Hinterbliebenen.

Z.d.778. Rastatt. Unsern entfernten Verwandten und Bekannten widmen wir auf diesem Wege die schmerzliche Nachricht von dem gestern Mittag erfolgten Ableben unseres unvergeßlichen Vaters, Bruders und Schwagers, Jakob Rheinboldt, im Alter von 54 Jahren, und bitten um stille Theilnahme.

Rastatt, den 31. Januar 1864.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Z.d.783. Mannheim. Wir benachrichtigen unsere Freunde und Bekannten von dem Hinscheiden unserer innigst geliebten Mutter Cordelia von Kettenacker, und bitten um stille Theilnahme.

Mannheim, den 30. Januar 1864.

Die Hinterbliebenen.

Z.d.772. Ottersweier.

Nachruf.

Herr Pfarrverweser Ferdinand Behringer hat uns am 19. d. M., nachdem die hiesige Pfarrei definitiv besetzt war, unvermuthet und in aller Stille an seinen jetzigen Bestimmungsort (Zell im Wiesenthal) verlassen, so daß es uns nicht vergönnt war, für sein ersprießliches Wirken während seines kurzen Aufenthalts dahier unsern innigsten Dank und unsere Gefühle und Ausdrücke Namens der ganzen Kirchengemeinde beim Abschiede aussprechen zu können.

Durch die allgemeine und ungetheilte Hochachtung, Liebe und Vertrauen hat er sich ein von der ganzen Bürgerschaft bleibendes Andenken hinterlassen.

Bei diesem Anlasse können wir es nicht unterlassen, das irrig verbreitete Gericht, als sei durch Herrn Pfarrverweser Ferd. Behringer die hiesige Gemeinde angeregt worden, Schritte zur Uebertragung der hiesigen Pfarrstelle für ihn zu thun, und erläuternd dahin zu berichtigen, daß Alles, was geschehen, lediglich nur von hiesiger Gemeinde ausgegangen ist, und daß sogar Hr. Pfarrverweser Ferd. Behringer zur Bewerbung der hiesigen Pfarrstelle von uns veranlaßt werden mußte, was wir als der Wahrheit gemäß hiemit bestätigen.

Ottersweier, den 28. Januar 1864.

Der Gemeinderath.

Kropf.
Binder.
Zorn.
Zimmer.
Eckerle.

Z.d.790. Berlin.

Schriften des Dr. Constantin Frantz

(zu finden in allen Buchhandlungen, Verlag von F. Schneider in Berlin, Victoriastraße 11):

Kritik aller Partheien	1 Thlr.	15 Sgr.
Vorschule zur Physiologie der Staaten	1 „	— „
Untersuchungen über das Europäische Gleichgewicht	1 „	20 „
Dreiunddreißig Sätze vom Deutschen Bunde	— „	16 „

Z.d.755. Bruchsal.

Anzeige.

Durch Erlaß großh. Justizministeriums vom 22. d. M. wurden mir die Befugnisse eines „Advokaten und Prokurators" bei dem großh. Hofgericht des Mittelrheinkreises verliehen.

Bruchsal, den 29. Januar 1864.

Levisohn, Anwalt.

Z.d.649. Karlsruhe.

Cirque Hinné

(auf dem Schloßplatz).

Jeden Abend

Große Vorstellung.

(Neues Programm.)

Eint. 6 Uhr, Anf. 7 Uhr, Ende nach 9 Uhr.

Jeden Sonntag 2 Vorstellungen.

Anf. der ersten um 4 Uhr, der zweiten um 7 Uhr.

Agenturen-Gesuch.

Z.d.689. Unter Sicherheitsleistung werden Gegenstände des täglichen Bedarfs auf Kommissionslager zum Engros- & en detail-Verkauf gesucht.

Franko-Offerten unter N O 6 an die Expedition dieses Blattes.

Z.d.573. Karlsruhe.

Nähmaschinen

der vorzüglichsten amerikanischen und deutschen Fabrikate empfiehlt

L. Spies,

Herrenstraße Nr. 23.

Ebendaselbst **Verkauf** von **Maschinen, Nadeln, Faden u. Seide** u. s. w.

Weiße holländische Gesundheits-Senfkörner

von Didier.

37 Jahre eines täglich zunehmenden Erfolges sind ein hinlänglicher Beweis von den vortrefflichen Eigenschaften der weißen holländischen Gesundheits-Senfkörner. Mehr als 200,000 urkundlich bestätigte gelungene Kuren berechtigen die allgemeine Popularität dieses unvergleichlichen Heilmittels, welchem der berühmte Dr. **Kooke** so richtig den Namen eines gesegneten und herrlichen Geschenkes des Himmels beilegte. — Es gibt kein einfacheres, sichereres und billigeres Mittel: 3 – 4 Kilog. genügen zur Heilung der Magen-, Gedärm- und Leberkrankheiten, der Hämorrhoiden, der Engbrüstigkeit, der Milzkrankheiten, der Winde, des Schleims, wie auch der durch Alterswechsel verursachten Uebel und aller Leiden, welche von verdorbenem Blute und schlechten Säften herrühren; lauter Krankheiten, gegen welche die Anwendung der Senfkörner täglich von den berühmtesten Aerzten vorgeschrieben und empfohlen wird.

Ansichten der Herren Trousseau und Pidoux, Professoren an der Fakultät zu Paris.

In ihrem gelehrten Traité de thérapeutique et de matière médicale sprechen sich die HH. Trousseau und Pidoux, Professoren an der Medizinschule von Paris, wie folgt aus:

„Persönliche Erfahrungen lassen uns nicht zweifeln, daß die stuhlbefördernde Wirkung der weißen Senfkörner sehr mächtig ist: cutane Krankheiten, chronische Rheumatismen, welche nichts lindern konnte, wurden durch deren Anwendung geheilt; trotzdem drastische Purgirmittel die Eingeweide lebhafter stimuliren, heilen sie Flechten und Rheumatismen dennoch nicht so sicher. Wir lenken die Aufmerksamkeit der Aerzte auf dieses zu wenig bekannte, daher auch zu wenig gewürdigte Mittel."

(Diesem Aufruf wurde durch eine Menge gewissenhafter Aerzte Folge gegeben; man offerirt die Liste von 350 derselben, die jetzt die weißen Senfkörner vorschreiben oder selbst gebrauchen.)

Ansichten des Dr. Heinrich der Fakultät zu Paris.

Die Revue des sciences veröffentlicht einen interessanten Artikel über die medizinischen Eigenschaften der weißen Senfkörner von Didier. Bekanntlich wurde dieses jetzt allgemein geschätzte Heilmittel ursprünglich in England unter den Auspizien eines berühmten Arztes und eines edelmüthigen Philantropen, der HH. Dr. Kook und Turnor, rasch verbreitet. Später übernahm Hr. Didier, welcher diesem Mittel eine für unmöglich gehaltene Heilung verdankte, die Mission, es auch in Frankreich zu popularisiren. Von da aus verbreitete es sich schnell über alle Länder der Welt. Ein solches Heilmittel, welches einen solchen Beifall findet, und zwar ausschließlich durch die Erfolge seiner Tausende von glänzenden Kuren, — ein solches Heilmittel steht offenbar auf einer Höhe, welche Einwürfe und Zweifel nicht zu erreichen vermögen und vor welcher jede Diskussion schweigen muß. So spricht sich in genanntem Artikel Dr. Heinrich aus, welcher überdies nur den Weg seiner gelehrten Kollegen, der Doktoren Trousseau, Pidoux, J. Mafie, Cullerier, Toutain, Castelnau u. s. w. verfolgt, die schon vor ihm die therapeutischen Eigenschaften der weißen Senfkörner wissenschaftlich würdigten.

Ansichten des Dr. Toutain der Fakultät zu Paris.

Dr. Toutain sagt uns im Moniteur des Hôpitaux vom 24. Mai 1859, daß er vor noch sieben bis acht Jahren gegen die weißen Senfkörner sehr eingenommen war; die imposante Autorität der Herren Professoren Trousseau und Pidoux vermochte sein Mißtrauen nicht zu besiegen. Damals hörte er den Dr. Cullerier, Arzt des Spitals von Lourcine, in einer seiner chemischen Konferenzen, die Geschichte einer langen und hartnäckigen Krankheit erzählen, welche einer Menge energischer Kuren widerstanden hatte und den Senfkörnern rasch weichen mußte. Eine solche Erzählung im Munde eines solchen Mannes machte auf den Dr. Toutain einen lebhaften Eindruck; er nahm sich vor, zur Beseitigung seiner Zweifel, demnächst selbst Versuche anzustellen.

Bald bot sich eine günstige Gelegenheit: ein Kranker war durch Schmerz in den Gelenken geplagt, durch Hämorrhoidalfluß erschöpft und in völlige Abzehrung verfallen; die energischsten und mannichfachsten Heilmittel hatten diese Erschöpfung nur vermehrt, ohne die Leiden zu mildern. Dr. Toutain beeilte sich, den Gebrauch der Senfkörner zu verordnen. Bald ließen die Schmerzen und der Hämorrhoidalfluß nach, um sodann ganz zu verschwinden; die Kräfte kamen wieder, die Gesichtsfarbe nahm ihre natürliche Frische wieder an, und, nach zehn Monaten, waren von einer Krankheit, welche so viele Besorgniß und Qualen verursacht hatte, nur noch seltene unbedeutende Beschwerden zurück.

Dieser Erfolg war der Beginn einer Reihe anderer; namentlich waren es glänzende und unverhoffte Kuren in der Behandlung von Hautkrankheiten, von Rheumatismen und heftigen Cacherien, welche die allenfalls noch übrigen Zweifel des Dr. Toutain über die wunderbaren therapeutischen Eigenschaften der weißen Senfkörner vollends beseitigten.

Unsere einzige Niederlage für die Stadt Karlsruhe: **Ph. D. Meyer**, Hoflieferant; für Mannheim: **J. Burckel.** Z.d.409.

Z.d.785. Karlsruhe.

Badische Gesellschaft für Zuckerfabrikation.

In der heute vor Notar und Zeugen vorgenommenen Ziehung wurden folgende Partial-Obligationen unseres 4½% Anlehens vom Jahr 1851 zur Heimzahlung bestimmt:

Lit. A. à 1000 fl. Nr. 30. 50. 56. 62. 63. 97. 117. 205. 208. 236. 282. 285. 289. 291. 308. 309. 378. 417. 494. 553. 751. 752. 782. 784. 792. 885. 974. 1004. 1032. 1061. 1093. 1126. 1169. 1320. 1426. 1467. 1517. 1558. 1577.

Lit. B. à 500 fl. Nr. 43. 50. 98. 149. 168. 196. 232. 318. 337. 433. 435. 465. 475. 497. 509. 580. 640. 786. 796. 831. 832. 860.

Lit. C. à 100 fl. Nr. 49. 76. 205. 211. 226. 241. 243. 251. 258. 305. 330. 371. 373. 466. 526. 574. 615.

Die Heimzahlung derselben mit dem Zinsratum und 6 % Prämie erfolgt den 1. März d. J. gegen Zurückgabe der Original-Obligationen

bei der Gesellschaftskasse dahier,
„ den Herren M. A. von Rothschild und Söhne in Frankfurt a. M. oder
„ „ „ Sal. Oppenheim jr. und Cie. in Cöln.

Die aus voriger Ziehung noch ausstehende Obligation Lit. C. à 100 fl. Nr. 443 wird wiederholt zur Erhebung ausgeschrieben.

Karlsruhe, den 30. Januar 1864.

Die Direktion.

Z.d.779. Wiesloch.

Anzeige und Geschäftsempfehlung.

Das bisher von Herrn **J. Glück** in Wiesloch betriebene Manufakturwarengeschäft werde ich von heute an mit der Firma

L. Bär, vormals J. Glück in Wiesloch

auf meine eigene Rechnung mit einer großen Auswahl in den neuesten Herren- und Damenkleiderstoffen fortführen.

Die verehrten Abnehmer des Herrn J. Glück bitte ich, das demselben geschenkte Vertrauen auf mich übertragen zu wollen, und werde ich mich bestreben, dieselben stets gut zu bedienen.

Wiesloch, den 1. Februar 1864.

L. Bär,
vormals J. Glück.

Z.d.747. Mainz.

Lackirer und Eisendreher

finden Beschäftigung in der Eisenbahnwagenfabrik von **Gastell & Harig** in **Mainz.**

Z.c.480. Genf (Schweiz).

Die Ziehung

der Lotterie-Anleihe

vom Einzigen Maurer-Tempel

in Genf (Schweiz), welche

am 15. Januar 1864

stattfinden sollte, wird nun am

15. März 1864

bestimmt, ohne jegliche weitere Aufschiebung, stattfinden.

Jedes **vor** dieser Zeit genommene Loos wird in den 7 vierteljährlichen Ziehungen mitspielen.

In jeder der 6 ersten Ziehungen befinden sich **140** Gewinne, worunter einer von **5000 Fr.**

In der 7ten und letzten Ziehung befinden sich **142** Gewinne, worunter einer von **100,000 Fr.**

Ein Loos kostet . . **45** Kreuzer.
7 Loose kosten . . **5** Gulden.
15 „ „ . . **10** dto.

NB. Alle Aufträge beliebe man unter Beifügung des Betrags in Banknoten oder andern Geldsorten in **rekommandirten Franko-Briefen** oder **Paqueten mit Werthangabe** zu senden: **Au Directeur de l'Office International, rue Bonivard 6, in Genf,** das einzige mit dem Verkauf dieser Loose beauftragte Haus. Die Loose werden in rekommandirten Briefen und umgehend versandt.

Jedem, der mindestens 7 Loose nimmt, werden nach jeder Ziehung die Ziehungslisten franko zugesandt, andernfalls beliebe man 15 kr. beizufügen, wenn dieselben franko gewünscht werden.

Commissstelle.

Z.d.787. Ein achtbarer und kenntnißvoller junger Mann, der seine Lehre in einer Material-, Farb- und Spezereiwaaren-Handlung bestanden, hierin ein guter Detaileur ist, und gehörige Comptoirwissenschaften besitzt, kann in der Eigenschaft als Commis placirt werden.

Nähere Auskunft ertheilt in frankirten Briefen die Expedition der Karlsruher Zeitung.

Z.d.741. Heidelberg.

Commissstelle.

Für einen soliden Mann, der Kenntnisse im Cigarrenfach hat, und für diesen Artikel schon das Großherzogthum Baden bereiste, wird auf den 1. April eine mit Reisen verbundene Commissstelle frei bei

G. L. Ritzhaupt in Heidelberg.

Z.d.775. Zürich.

Bekanntmachung.

Dem allfälligen Inhaber zweier angeblich zernichteten, von Hrn. J. Schmid, Sattlermeister in Zürich, im April 1863 an die Ordre des Hrn. Eduard Lang, Kaufmanns in Endingen i./Br., ausgestellten Anweisungen, im Betrage von 340 Frs. 80 Rpp., verfallen den 4. August 1863, und im Betrage von 348 Frs., verfallen den 31. Dezember 1863 — wird anmit eine Frist von vier Wochen, von heute an, angesetzt, um dieselben bei unterzeichnetem Gerichte vorzuweisen und seine Rechte darauf geltend zu machen, ansonst nach fruchtlosem Ablauf dieses Termins die fraglichen Anweisungen als kraftlos betrachtet würden.

Zürich, den 25. Januar 1864.

Im Namen des Bezirksgericht.
Der Gerichtsschreiber:
Werdmüller.

Z.d.784. Wagenbach.

Holzversteigerung.

Aus dem Freiherrlich von Degenfeld'schen Waldbistrikt Geisberg zu Wagenbach werden versteigert am

Donnerstag den 4. Februar l. J.,
Morgens 9 Uhr:
86½ Klafter buchenes Scheitholz,
43 „ eichenes dto.,
16 „ Stockholz,
10,025 Stück gemischte Wellen;
am Freitag den 5. Februar l. J.,
Morgens 9 Uhr,

wiederholt an Stammholz, welches bei der Versteigerung vom 19. d. M. den Werthanschlag nicht erreichte:

335 Stämme Eichen und
15 „ Fichten.

Sinsheim, den 31. Januar 1864.

Freiherrl. von Degenfeld'sches Rentamt.
Fleischmann.

Z.d.781. Ottersheim.

Stammholz-Versteigerung.

Aus den hiesigen Gemeindewaldungen werden

Samstag den 6. Februar d. J.,

18 Holländerstämme,
712 Baustämme und
900 Schwellenholzstämme } Forlen,

öffentlich versteigert.

Die Versteigerung findet Vormittags 9 Uhr auf dem Rathhause hier statt.

Ottersheim, den 30. Januar 1864.

Das Bürgermeisteramt.
Seitz.

Z.c.496. Karlsruhe. (Aufforderung.) In Sachen der Ehefrau Johanna Wunsch, geb. Spahr, hier, gegen ihren Ehemann,

Ehescheidung betr.

Johanna Wunsch, geb. Spahr, Ehefrau des Taglöhners Karl Wunsch von hier, hat in einer von ihr am 7. d. M. anher übergebenen Klage vorgetragen, daß sie sich am 12. Dezember 1852 mit ihrem Ehemann verehelicht habe, und im Oktober 1853 heimlich von ihm verlassen worden sei. Mit Verfügung vom 30. November v. J. habe großh. Stadtamt ihren Ehemann für verschollen erklärt. Gestützt hierauf und unter Vorlage eines Meldescheines verlangt die klägerische Ehefrau, daß ihre Ehe mit Karl Wunsch für geschieden erklärt werde. Karl Wunsch wird aufgefordert, sich in der auf

Samstag den 20. Februar,
Vormittags 9 Uhr,

anberaumten Tagfahrt hierauf vernehmen zu lassen, widrigens nach Lage der Akten erkannt wird.

Karlsruhe, den 20. Januar 1864.

Großh. bad. Stadtamtsgericht.
v. Vincenti.

Z.c.504. Nr. 1137. Donaueschingen. (Aufforderung und Fahndung.) Michael Schlegel von Schmidhofen, Gemeinde Thuniset, ist der Entwendung von einem Paar Handschuhen, zum Nachtheil des Joseph Hutzler in Hüfingen, damit des dritten gemeinen Diebstahls angeschuldigt. Da der Aufenthaltsort des Schlegel nicht zu ermitteln ist, so wird derselbe hiemit aufgefordert, sich

binnen 14 Tagen

dahier zu stellen, widrigenfalls nach dem Ergebniß der Untersuchung gegen ihn das Erkenntniß gefällt würde.

Zugleich wird gebeten, auf Schlegel zu fahnden und ihn im Falle der Betretung gefänglich hieher einliefern zu lassen.

Donaueschingen, den 29. Januar 1864.

Großh. bad. Amtsgericht.
C. Wolff.

Z.c.508. Nr. 504. Pfullendorf. (Aufforderung.) Ignaz Schober von Wintersulgen, durch schwurgerichtliches Urtheil vom 27. März 1857 außer Verfällung in mehrjährige Zuchthausstrafe auf die Dauer von drei Jahren unter polizeiliche Aufsicht gestellt, ist wegen Bruchs dieser angeschuldigt, und wird aufgefordert, sich

binnen 14 Tagen

dahier zu stellen, indem sonst nach dem Ergebniß der Untersuchung Erkenntniß gefällt würde.

Zugleich bitten wir, den J. Schober auf Betreten gefänglich an uns abliefern zu lassen.

Pfullendorf, den 30. Januar 1864.

Großh. bad. Amtsgericht.

Druck und Verlag der G. Braun'schen Hofbuchdruckerei.

Mit einer Beilage.